AWO

Ansicht 1.13

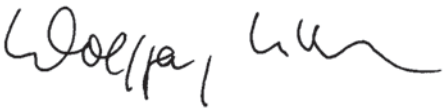
Armutsfalle Deutschland? Zahlen und Analysen in diesem Heft zeigen: Die Angst der Menschen in Deutschland vor Armut nimmt zu. Es ist an der Zeit, die Ursachen von Armut endlich zu bekämpfen.

*TNS Infratest Politikforschung im Auftrag des AWO Bundesverbandes, Januar 2013.

Liebe Leserin, lieber Leser

Zahlreiche Untersuchungen und Statistiken weisen darauf hin, dass immer mehr Menschen von Armut betroffen sind und auch die Armutsgefährdung für weite Teile der Bevölkerung zunimmt; die Schere zwischen Arm und Reich wird ebenfalls immer größer. Allen Beteiligten in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft muss klar sein: Deutschland steht mit der Bekämpfung von Armut vor enormen Herausforderungen, um den Zusammenhalt und das Auseinanderfallen des Staates und der Gesellschaft zu verhindern.
Ein Leben in Armut macht krank; es erhöht das Sterberisiko, vermindert den Zugang zur Teilhabe am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Kurzum: Leben in Armut ist ein Leben, das von Ausgrenzung bestimmt wird. In der Redaktion haben wir diskutiert, wie das Thema angemessen dargestellt werden kann. Dabei sind wir zu dem Schluss gekommen, einer aktuellen Untersuchung des AWO-Sozialbarometers zum Thema Armut in Deutschland inhaltlich wie grafisch großen Platz im Heft einzuräumen. Dies vor allem deshalb, weil die Ergebnisse einen vertiefenden Einblick in die Befindlichkeit und Stimmung der Menschen in Deutschland geben. Die Zahlen werden von ausgewiesenen Kennern in Interviews und Kommentaren entsprechend eingeordnet. Wir möchten so ein erkenntnisreiches Bild der wachsenden Armutsproblematik in Deutschland anbieten und auf dringende politische Änderungen zur Armutsbekämpfung hinweisen.

Gestatten Sie an dieser Stelle noch einen Hinweis in eigener Sache: Nach zwei Jahrgängen mit acht Ausgaben möchten Herausgeber und Redaktion die AWO Ansicht auf den Prüfstand stellen. Dabei würden wir uns sehr freuen, wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, uns dabei unterstützen und sich an einer kleinen Leserbefragung beteiligen. Näheres erfahren Sie auf der Seite 5 in diesem Heft. Ich möchte mich bereits an dieser Stelle für Ihre Beurteilung unserer bisherigen Magazine und Denkanstöße für unsere zukünftige Arbeit herzlich bedanken. Ebenso wünsche ich Ihnen eine ertragreiche Lektüre beim vorliegenden Heft.



Ihr Wolfgang Stadler
Vorsitzender AWO Bundesverband e.V.

IMPRESSUM

Herausgeber
AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · **Fax** 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht
Tel 030/26309-4553 · **Fax** 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona Finder
Berit Gründler · Peter Kuleßa (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Konzept und Gestaltung Stephanie Roderer, München · www.stephanie-roderer.de

Illustration und Fotografie Titel Stephanie Roderer · Icons von istockphoto.com und Stephanie Roderer · S. 3, 5 AWO Bundesverband · S. 6 BAGFW; BMFSFJ · S. 7 WARBE Development Foundation · S. 15 dpa · S. 19 privat · S. 21 AWO Bundesverband · S. 22 privat

Anzeigen AWO Bundesverband e.V.;
NetworkMedia GmbH
Stresemannstr. 30 · 10963 Berlin
Tel 030/25594-160

Druck ulenspiegel druck gmbh, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126

Gedruckt auf Arctic Volume white FSC® mixed credit – GFA-COC-001787

Es gilt jeweils die männliche bzw. weibliche Schreibform für beide Geschlechter.

EMAS
geprüftes Umweltmanagement
D-155-00126

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C015171

Wussten Sie, ...

... dass der Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt im März 1933 unter dem Namen »Deutsch-Ausländisches Jugendwerk« eine Tarnorganisation zur Hilfe für Verfolgte, Inhaftierte, Emigrierte und deren Familien gründete und diese Organisation mit einem namhaften Geldbetrag ausstattete?

Durch die prominente Besetzung mit Elsa Brändström als Vorsitzende und Elisabeth de Morsier als ihre Stellvertreterin konnte der Verein so bis zur Verausgabung der Mittel 1936 unangetastet durch die Nazis arbeiten. Hunderte wertvolle Pakete wurden an Familien Verfolgter versandt, Erholungsaufenthalte für Kinder und Haftentlassene durchgeführt und bis Ende 1935 ein Kindergarten in Berlin-Reinickendorf unterhalten, in dem fast ausschließlich jüdische Kinder betreut wurden.

VERBANDSINFORMATION

Stadler neuer BAGFW-Präsident

Der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler ist seit Januar 2013 für zwei Jahre der neue Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Er löst damit turnusgemäß Oberkirchenrat Johannes Stockmeier, Präsident der Diakonie Deutschland, ab.

Im Rahmen der BAGFW-Präsidentschaft übernimmt die AWO die Federführung in der Gremienarbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft und steuert die Zusammenarbeit in den gemeinsamen Themenfeldern der sechs Spitzenverbände. »Die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege muss gestärkt werden, denn sie leistet einen unverzichtbaren Bestandteil zur Bekämpfung des sozialen Ungleichgewichtes in Deutschland«, beschreibt Stadler die vordringlichsten Herausforderungen seiner BAGFW-Präsidentschaft. Ziel müsse es sein, echte Chancengerechtigkeit für alle Bürger herzustellen. »Soziale Ausgrenzung darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben«, betont Wolfgang Stadler.

Während seiner Präsidentschaft möchte Stadler vor allem den Blick für die Bedürfnisse von Familien schärfen: »Solange Kinder in Deutschland ein Armutsrisiko sind, gibt es in der bundesdeutschen Arbeits- und Familienpolitik noch viel zu tun.« Die in der BAGFW zusammenarbeitenden Spitzenverbände werden diese Anliegen verfolgen und sich für einen konstruktiven Dialog einsetzen.

Weitere Informationen www.bagfw.de

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

VERBANDSINFORMATION

Historisches Archiv der AWO

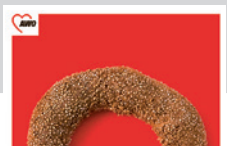
Das Historische Archiv der Arbeiterwohlfahrt bietet einen umfassenden Einblick in die Verbandsgeschichte. Die Epochen von der Gründungszeit in der Weimarer Republik über die politischen Drangsalierungen während der Nazi-Diktatur hin zum Neubeginn in der Nachkriegszeit, von der Entwicklung der AWO in der Bonner Republik bis zur gegenwärtigen sogenannten Berliner Republik werden nachgezeichnet. Im Archiv stehen unter anderem Informationen zum Leben und Wirken von AWO-Persönlichkeiten wie etwa Marie Juchacz bereit. Ebenso kann nach konkreten Ereignissen wie AWO Bundeskonferenzen recherchiert werden. Erstmalig steht nun allen Interessierten eine elektronische Ausgabe jener AWO-Chronik zur Verfügung, die zum 90-jährigen Bestehen 2009 veröffentlicht wurde.

Die umfassende Geschichte der AWO wird im Historischen Archiv kontinuierlich aufgearbeitet und fortgeschrieben. Demzufolge kann bei der Veröffentlichung auch kein Anspruch auf Vollständigkeit aller Dokumente und Ereignisse erhoben werden. Ziel ist es zugleich, die Nutzerinnen und Nutzer zum Mitmachen zu ermuntern. Fotos, Dokumente, Fundstücke zur Verbandsgeschichte werden gerne entgegengenommen, um das Archiv weiterzuentwickeln.

Ansprechpartnerin Maike Eckel
Tel 030 / 26309267 · **Mail** maike.eckel@awo.org

Weitere Informationen www.awo-historie.org

Sagen Sie uns Ihre Meinung zur AWO Ansicht



Liebe Leserin, lieber Leser,
wir möchten die AWO Ansicht inhaltlich wie grafisch interessant und ansprechend gestalten. Dazu ist uns Ihre Meinung wichtig. Wir würden uns von daher sehr freuen, wenn Sie sich einen Augenblick Zeit nehmen, um ein paar Fragen zu beantworten.

Zum Formular kommen Sie auf der Internetseite des AWO Bundesverbandes unter:
www.awo.org/aktuelles-und-presse/zeitschriften/awo-ansicht/

Dort können Sie das Formular digital ausfüllen und per Mail an awo-ansicht@awo.org senden oder
das Formular ausdrucken und per Post an folgende Adresse schicken:
AWO Bundesverband
Redaktion AWO Ansicht
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin

Unter allen Einsendungen verlosen wir zehn 500.000 Euro-Jahreslose der Aktion Mensch à 18 Euro. Mit diesem Los haben Sie unter anderem einmal im Monat die Chance, 500.000 Euro zu gewinnen.

Einsendeschluss ist der 15. April 2013. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Für mögliche Fragen steht Ihnen die Redaktion der AWO Ansicht sehr gerne zur Verfügung.

Ansprechpartner Peter Kuleßa
Tel 030 / 263094553 · **Mail** awo-ansicht@awo.org

Für die Kooperation danken wir der Aktion Mensch.
Weitere Informationen zum Los erhalten Sie unter www.aktion-mensch.de.

Teilnahmeberechtigt sind Personen mit Wohnsitz in Deutschland, die mindestens 18 Jahre alt sind. Von der Teilnahme am Gewinnspiel ausgeschlossen sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AWO Bundesverbandes e.V. und deren Angehörige.
Die Gewinner werden von der Redaktion der AWO Ansicht per E-Mail oder auf dem Postweg benachrichtigt.
Die Gewinnbenachrichtigung wird an die Adresse gesandt, die von den Teilnehmenden angegeben worden ist.

LESERBEFRAGUNG

KINDER

AWO unterstützt Kampagne gegen Kindesmissbrauch

Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, dürfen keinen Raum für Missbrauch bieten. Präventions- und Interventionskonzepte engen nicht nur die Spielräume der Täter und Täterinnen ein. Kinder bedürfen eines umfassenden Schutzes vor jeglicher Form von Gewalt. Dieser Grundsatz bestimmt die Arbeit der AWO seit ihrem Bestehen. Ob Kindertagesstätte oder stationäre Einrichtung – Aufwachsen im Wohlergehen gelingt nur an sicheren Orten. Deshalb unterstützt die AWO aus voller Überzeugung die Kampagne »Kein Raum für Missbrauch« des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs der Bundesregierung.

Ansprechpartner Klaus Theißen
Tel 030 / 26309167 · **Mail** klaus.theissen@awo.org

Weitere Informationen
www.kein-raum-fuer-missbrauch.de

ENGAGEMENT

Verlässlich helfen

»Blühende Bäume« sind das Leitmotiv der Wohlfahrtsmarken 2013, die kürzlich im Schloss Bellevue vorgestellt wurden. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble übergab die Erstdrucke der drei neuen Marken an Bundespräsident Joachim Gauck, den Schirmherrn des Sozialwerkes Wohlfahrtsmarken, sowie den Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) Wolfgang Stadler.

Der Erlös aus dem Verkauf der Wohlfahrtsmarken kommt der sozialen Arbeit der AWO und der anderen Wohlfahrtsverbände zugute. Die drei Sondermarken wird es im Wert von 58 Cent + 27 Cent (Standardbrief), 90 Cent + 40 Cent (Kompaktbrief) und 145 Cent + 55 Cent (Großbrief) geben.

Ansprechpartnerin Berit Gründler
Tel 030 / 263090 · **Mail** werbung@awo.org

Weitere Informationen www.wohlfahrtsmarken.de

Unsere Besten

Anlässlich der Übergabe der neuen Wohlfahrtsmarken an den Schirmherrn des Sozialwerks Wohlfahrtsmarken, Bundespräsident Joachim Gauck, wurden wie immer Menschen, die sich in besonderer Weise für die Wohlfahrtsmarken eingesetzt haben, geehrt. Aus der AWO waren folgende Ehrenamtliche im Schloss Bellevue zu Gast: **Gabriele Elbin** (AWO Kreisverband Osnabrück e.V.), **Petra Kirk** (AWO Ortsverein Hasbergen e.V.), **Gertrud Splittegarb** (AWO Bezirksverband Schwaben e.V.), **Ute Sudkamp** (AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V.) und **Udo Wiedemann** (AWO Ortsverein Hasbergen e.V.) (v.l.n.r.).

Arbeitsmigranten fordern ihre Rechte ein.

Helfen Sie!

Unterstützen Sie unsere Projektarbeit in Südasien!
Vielen Dank!

AWO International
Spendenkonto 10 11 12
BfS 100 205 00

AWO INTERNATIONAL

Armut und Migration

Bangladesch ist eines der Länder, die weltweit am stärksten von Arbeitsmigration betroffen sind. Armut und mangelnde Einkommensmöglichkeiten führen dazu, dass viele Menschen Bangladesch verlassen und in anderen Ländern nach Verdienstmöglichkeiten suchen. Ein Schritt, der viele Schattenseiten für die Betroffenen und ihre Familien birgt: Oft werden sie von dubiosen Vermittlern angeworben und illegal in die Zielländer, etwa nach Saudi-Arabien oder in die Golfstaaten, gebracht. Dort leben sie meist unter sehr prekären Bedingungen, können ihre Rechte kaum wahrnehmen und werden schlecht bezahlt. AWO International unterstützt seit Oktober 2012 die lokale Nichtregierungsorganisation WARBE Development Foundation, die sich für die Belange von Arbeitsmigrantinnen und-migranten einsetzt, Aufklärungsarbeit leistet und Alternativen zur irregulären Migration aufzeigt. Es ist das erste Projekt von AWO International in Bangladesch.

Ansprechpartnerin Ingrid Lebherz
Tel 030 / 25292772 · **Mail** ingrid.lebherz@awointernational.de

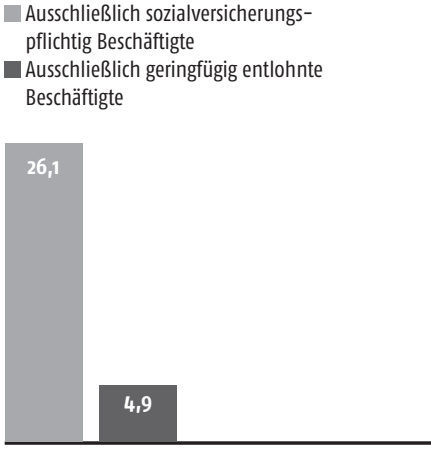
Weitere Informationen www.awointernational.de

Unsichere Arbeit

Seit vielen Jahren bewegt sich die Zahl jener, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, um die fünf Millionen Menschen (Ende 2011 waren es 4,9 Millionen). 11 Prozent davon sind Arbeitslose. 85 Prozent davon geben an, das Geld »unbedingt« für die Bewältigung ihres Lebensunterhalts zu benötigen. Die Unterstützung durch Arbeitslosengeld reicht demnach nicht mehr aus, um den Lebensalltag zu bewältigen. Eine ausreichende finanzielle Sicherung im Falle von Arbeitslosigkeit ist also geboten.

22 Prozent der Rentner und Pensionäre gehen einer geringfügigen Beschäftigung nach; immerhin 36 Prozent geben an, die Verdienste aus ihrem Minijob zur Bewältigung ihres Lebensunterhalts zu benötigen. Offenkundig reichen bei diesen Menschen Rente oder Pension nicht aus, um eine drohende Altersarmut zu verhindern. Mit Blick auf einen allgemein ausufernden Niedriglohnsektor und die hier genannten Gruppen, die auf Minijobs angewiesen sind, wird das Potenzial jener, die von Altersarmut bedroht sind und künftig sein werden, weiter wachsen. Es ist notwendiger denn je, dies in den Debatten um Armut und Armutsgefährdung nicht mehr zu ignorieren, sondern mit angemessenen Löhnen und besseren Chancen zur Rückkehr in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu begegnen.

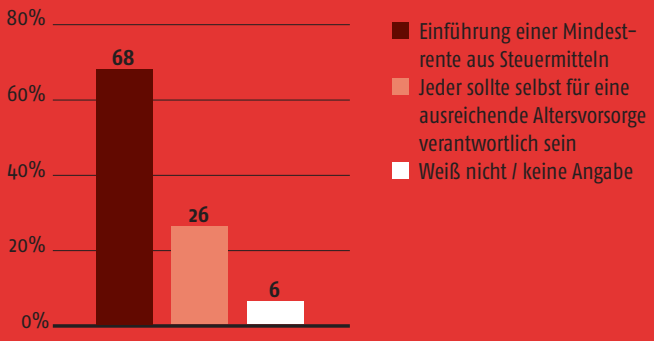
Beschäftigte nach Beschäftigungsform in Millionen



Statistisches Bundesamt: »Wer sind die ausschließlich geringfügig Beschäftigten? Eine Analyse nach sozialer Lebenslage«. Wiesbaden 2013.

AWO SOZIALBAROMETER

Derzeit wird darüber diskutiert, ob denjenigen Menschen, die im Alter nur eine sehr geringe Rente erhalten, zusätzlich geholfen werden soll. Wie ist Ihre Meinung: Sind Sie für die Einführung einer Mindestrente, die aus Steuermitteln finanziert wird und eine angemessene Versorgung im Alter sicherstellt, oder soll die bisherige Regelung beibehalten werden, wonach jeder selbst verantwortlich ist, ausreichend für das Alter vorzusorgen?

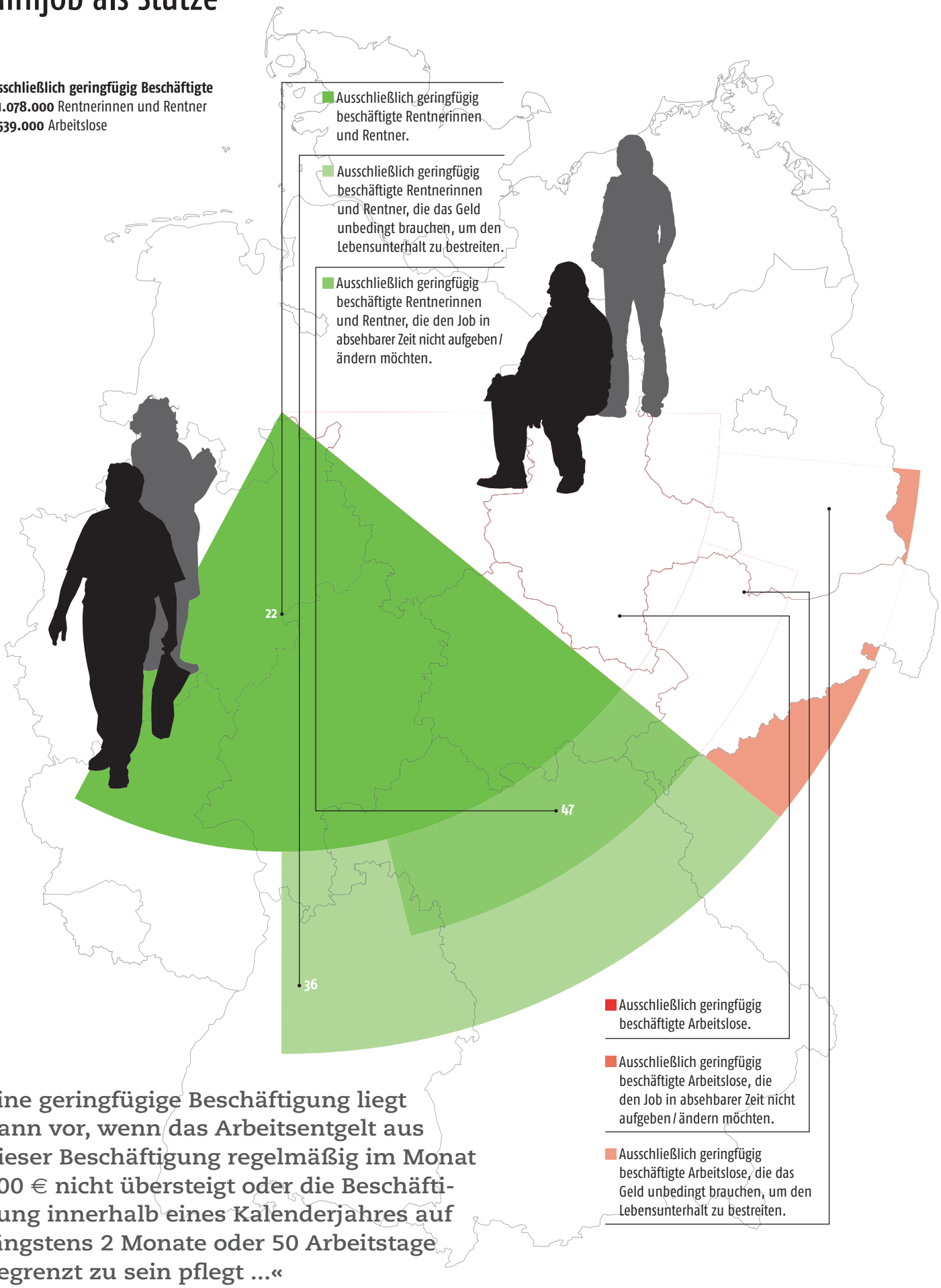


Quelle: AWO Sozialbarometer 2/2013

Das AWO-Sozialbarometer fragt monatlich nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest.

Weitere Informationen www.awo-sozialbarometer.org

Minijob als Stütze



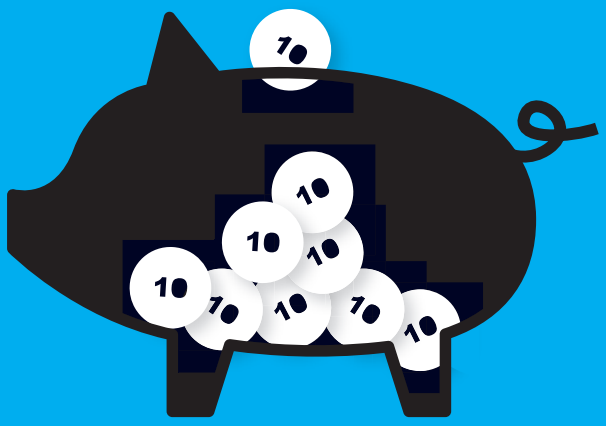
»Eine geringfügige Beschäftigung liegt dann vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat 400 € nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens 2 Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt zu sein pflegt …«

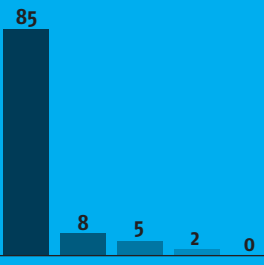
Alle Altersgruppen

Glauben Sie, dass die Armut in Deutschland in den letzten 5 Jahren eher zugenommen oder eher abgenommen hat?

85%

85% der Befragten glauben, dass die Armut in Deutschland in den letzten 5 Jahren eher zugenommen hat.





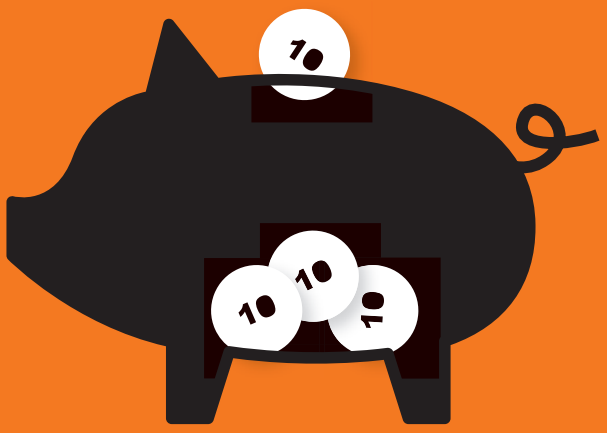
Die Armut in Deutschland hat in den letzten 5 Jahren
- eher zugenommen
- eher abgenommen
- Spontan: Ist in etwa gleich geblieben
- Weiß nicht
- Keine Angabe

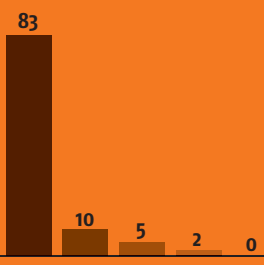
Alle Altersgruppen

Und glauben Sie, dass die Armut in Deutschland in den nächsten 5 Jahren eher zunehmen oder eher abnehmen wird?

83%

83% der Befragten glauben, dass die Armut in Deutschland in den nächsten 5 Jahren eher zunehmen wird.





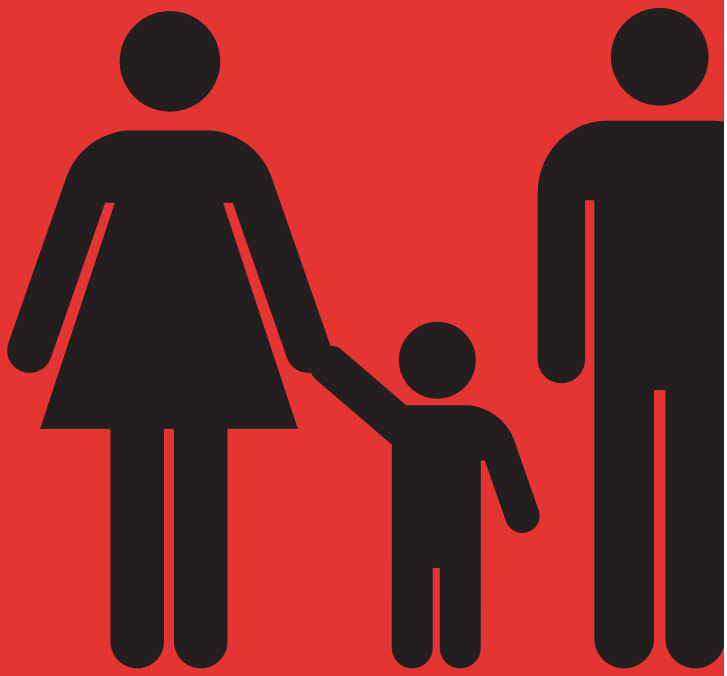
Die Armut in Deutschland wird in den nächsten 5 Jahren
- eher zunehmen
- eher abnehmen
- Spontan: Wird in etwa gleich bleiben
- Weiß nicht
- Keine Angabe

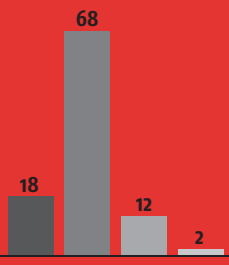
Alle Altersgruppen

Denken Sie, dass die meisten Menschen, die in Deutschland in Armut leben, an ihrer Situation selbst schuld sind oder dass die meisten Menschen, die in Deutschland in Armut leben, sich aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse in dieser Situation befinden?

68%

68% der Befragten glauben, dass die meisten Menschen, die in Deutschland in Armut leben, sich aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse in dieser Situation befinden.





Die meisten Menschen, die in Deutschland in Armut leben

- sind an ihrer Situation selbst schuld
- befinden sich in dieser Situation aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse
- Weiß nicht
- Keine Angabe

Armut in Deutschland

Seit Jahren zeigen internationale und nationale Untersuchungen und Befragungen immer wieder eines: Armut und Armutsgefährdung in Deutschland nehmen zu. Bis in die Gegenwart wird dies von Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft oder Medien aus unterschiedlichsten Motiven immer wieder ignoriert. Vielmehr werden angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise andere Staaten in Europa auch noch aufgefordert, jene vermeintlichen Reformen nachzuholen, die die Armutsgefahren seit 2003 in Deutschland nachweislich befördert haben. Der nachfolgende Themenschwerpunkt mit den Zahlen und Analysen macht eines deutlich: Die Menschen erwarten wohlfahrtsstaatliche Leistungen, um Armut und Armutsgefährdung zu bekämpfen. Um dem schleichenden Prozess einer auseinanderfallenden Gesellschaft entgegenzuwirken, sollten die politisch Verantwortlichen dies endlich zur Kenntnis nehmen und entsprechend handeln.

Das AWO-Sozialbarometer zum Thema Armut erfolgte in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest.

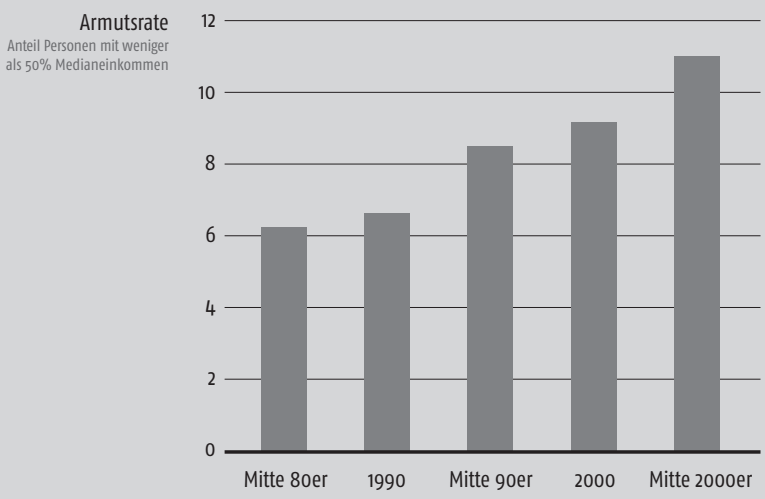
Weitere Informationen www.awo-sozialbarometer.org

Deutschland – Armutsland?

Die Bundesregierung behauptet: Deutschland geht es wirtschaftlich und sozial sehr gut. Doch was bedeutet das? Daten und Befunde aus dem AWO-Sozialbarometer und anderen Forschungsergebnissen sollen helfen, die Diskrepanz zwischen realitätsferner Rhetorik und faktischer Realität besser zu verstehen.

Autoren Carola Schmidt und Joß Steinke

ENTWICKLUNG DER EINKOMMENSARMUT



Grafik 1, Quelle: Growing Unequal? , OECD 2008.

*Hintergrund: Im Jahr 2001 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, zukünftig jeweils zur Hälfte einer Legislaturperiode einen Armuts- und Reichtumsbericht für Deutschland vorzulegen. Ziel dieser Berichterstattung war die Versachlichung der Diskussion um Armut und Reichtum und die Enttabuisierung von Bedürftigkeit.

**Gemessen wird das Armutsrisiko als 60% des Medians der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen. Nach dem deutschen Sozioökonomischen Panel (SOEP) ergibt sich so ein Einkommen von 993 € für einen Single, für eine Alleinerziehende mit einem Kind ein Betrag von 1291 €. Darunter beginnt die »Armutsgefährdung«.

Die Bundesregierung bemüht sich in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht* darum, das Bild eines Landes zu zeichnen, in dem alles zum Besten steht. Ein Land mit niedriger Arbeitslosigkeit, hohen Renten und guten Perspektiven für junge Menschen. Im selben Bericht finden sich jedoch Daten zur Entwicklung relativer Armutsquoten, die genau diese vermeintlichen Erfolge nicht widerspiegeln. Ein eklatanter Widerspruch.

Befund: Armut und Ungleichheit nehmen seit Jahren zu

Eine allgemeingültige Aussage, was Armut genau ist, kann es nicht geben. In der Forschung hat sich die Ansicht durchgesetzt, dass Armut relativ ist, man daher auf einen mittleren Lebensstandard bezogene Benachteiligung zu erfassen hat. Häufig wird in der Forschung von den verfügbaren finanziellen Ressourcen ausgegangen und so indirekt darauf geschlossen, welches Maß an Teilhabe möglich ist.

Die relativen Armutsquoten** weisen eine recht eindeutige Tendenz auf: In den letzten 20 Jahren ist die Armut in Deutschland massiv angestiegen (siehe Grafik 1).

Rund 15 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung gelten als armutsgefährdet. Auch wenn die Steigungsraten nicht mehr so hoch sind wie vor 15 Jahren, so bewegen sie sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Und wenn die Bundesregierung dies ein »geringes« Wachstum nennt, dann ist dabei zu berücksichtigen, dass dieses geringere Wachstum auf einem – für ein prosperierendes Industrieland wie Deutschland – viel zu hohen Niveau stattfindet.

Bedenklich stimmen die Zahlen zur wachsenden Ungleichheit. Bei einer Differenzierung nach Höhe des Vermögens zeigt der aktuelle Bericht der Bundesregierung, dass die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung nur über rund ein Prozent des gesamten Nettovermögens verfügen. Die oberen zehn Prozent besitzen dagegen weit über die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Und die Tendenz ist seit Jahren steigend. Die Gründe für diese Entwicklung liegen auf der einen Seite in einer Zunahme der Armut, auf der anderen Seite in einer auch im internationalen Vergleich besonders ausgeprägten Steuerprivilegierung in Deutschland.

Befund: Einmal arm, immer arm!

Mehr als bedenklich stimmt der bereits länger zu beobachtende Trend, dass sich Armut am unteren Rand der Gesellschaft verfestigt. Einmal arm, immer arm, so die traurige Quintessenz. Dies steht auch in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Anstieg der Armutsquote bei den Erwerbstätigen. Mit verheerenden Konsequenzen für die Haushalte: Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht zeigt:

12 Prozent aller Kinder und Jugendlichen leben dauerhaft in einer Armutssituation. Die Gründe dafür sind bekannt: das Anwachsen des Niedriglohnsektors, immer mehr alleinverdienende Niedriglöhner und immer niedrigere Einkommen im Verhältnis zum Bedarf. Häufig ist zu beobachten, dass die Betroffenen in mehrfacher Hinsicht benachteiligt sind: Sie wachsen in sozialstrukturell problematischen Stadtquartieren mit qualitativ schlecht ausgestatteten Schulen auf und sind eher krank. Eine fatale Entwicklung.

Jetzt gegensteuern!

Die AWO plädiert für ein Umdenken in Staat und Gesellschaft. Denn: Es liegt auch vor allem in der Verantwortung des Staates und nicht des Einzelnen, den nachweislichen Armutsentwicklungen in Deutschland gegenzusteuern. Vor diesem Hintergrund fordert der AWO Bundesverband eine Finanzpolitik, die den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt und Armut verhindert. Dies betrifft zuvorderst die Bereich Bildung, Alterssicherung, Pflege, Kinder- und Jugendarbeit sowie Gesundheitspolitik. Um an diesen Stellschrauben handlungsfähig zu bleiben, braucht es eine ausgewogenere Verteilungspolitik, die nicht zuletzt weitere staatliche Einnahmen generiert. Von zentraler Bedeutung sind die Eindämmung der sogenannten atypischen Beschäftigungsformen (etwa durch Begrenzung der Wochenarbeitszeit bei Minijobs auf zwölf Stunden), ein Mindestlohn von 8,50 Euro in ganz Deutschland als absolute Lohnuntergrenze sowie die weitere Verankerung verbindlicher branchenspezifischer Lohnuntergrenzen und die Stärkung von Tariflöhnen. Ebenso müssen Familien, insbesondere Einelternfamilien, wesentlich mehr unterstützt werden, ohne die Familienform an sich zu problematisieren. Das bedeutet aus Sicht der AWO: Alleinerziehende müssen in die Lage versetzt werden, Ausbildung und familiale Fürsorge ebenso wie Erwerbstätigkeit und Familie zu verbinden. Dabei sind mit Blick auf die Tatsache einer steigenden Zahl von Einelternfamilien insbesondere familienpolitische Maßnahmen wie das Ehegattensplitting zu hinterfragen.

Kurzum: Es bedarf zuvorderst eines Sets an gesetzgeberischen Maßnahmen. Diese können zügig auf den Weg gebracht werden. Da ist vor allem die politische Bereitschaft gefordert. Mit ihren Einrichtungen und Dienstleistungen wird die AWO Hilfebedürftige immer wieder so unterstützen, dass sie am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Dies ist seit über 90 Jahren Auftrag und Verpflichtung zugleich.

Ansprechpartner Joß Steinke
Tel 030 / 26309201 **Mail** joss.steinke@awo.org

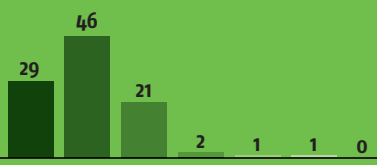
Weitere Informationen www.awo-sozialbarometer.org

Alle Altersgruppen

Ist es Ihrer Meinung nach äußerst wichtig, sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass der Einsatz für mehr Chancengleichheit in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt als Maßnahme zur Armutsbekämpfung umgesetzt wird?

75%

75% der Befragten sind der Meinung, dass der Einsatz für mehr Chancengleichheit in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt äußerst wichtig (29%) und sehr wichtig (46%) ist.



Die Befragten finden den Einsatz für mehr Chancengleichheit in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt

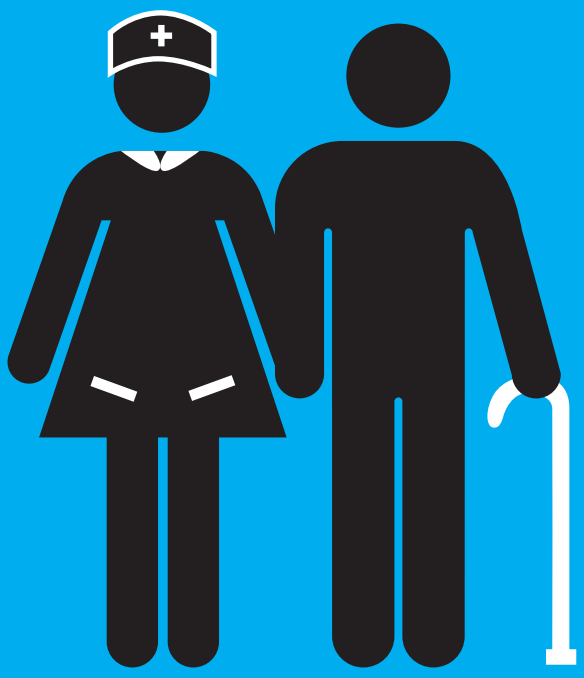
- Äußerst wichtig
- Sehr wichtig
- Wichtig
- Weniger wichtig
- Gar nicht wichtig
- Weiß nicht
- Keine Angabe

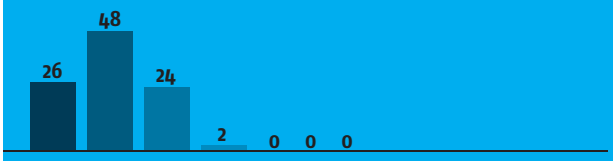
Alle Altersgruppen

Ist es Ihrer Meinung nach äußerst wichtig, sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass der Einsatz dafür, dass sich jeder im Pflegefall eine angemessene Versorgung leisten kann, als Maßnahme zur Armutsbekämpfung umgesetzt wird?

74%

74% der Befragten sind der Meinung, dass der Einsatz dafür, dass sich jeder im Pflegefall eine angemessene Versorgung leisten kann, äußerst wichtig (26%) und sehr wichtig (48%) ist.





Die Befragten finden den Einsatz dafür, dass sich jeder im Pflegefall eine angemessene Versorgung leisten kann

- Äußerst wichtig
- Sehr wichtig
- Wichtig
- Weniger wichtig
- Gar nicht wichtig
- Weiß nicht
- Keine Angabe

Die Deutschen: Immer noch unverbesserliche Anhänger der sozialen Gerechtigkeit

Der ausgewiesene Kenner und Beobachter gesellschaftspolitischer Verhältnisse in Deutschland, Gerd Mielke, zu den Ergebnissen des AWO-Sozialbarometers »Armut«.

Das vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt zu Jahresbeginn vorgelegte AWO-Sozialbarometer zum Thema »Armut in Deutschland« mit seinen zahlreichen Befunden zu den Dimensionen der Armut ist all jenen als Lektüre zu empfehlen, die Genaueres über die aktuellen gesellschaftlichen Orientierungen hierzulande wissen wollen. Denn über alle Einzelergebnisse der repräsentativen Erhebung hinweg zeichnen sich auch im Wahljahr 2013 grundlegende und gegenläufige Eindrücke ab. Zwar machen sich weite Teile der Bevölkerung Sorgen, in der einen oder anderen Form im Lauf der nächsten Jahre in den Sog von Armut zu geraten und in einer von immer mehr Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten geprägten Gesellschaft zu leben, aber ebenso deutlich wird, dass diese auf Gerechtigkeit und Wohlfahrtsstaatlichkeit bezogenen Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger in der öffentlichen und politischen Diskussion nur sehr schwachen Widerhall finden. So ist auch im Wahljahr 2013 eine Erfolg versprechende Offensive gegen die unterschiedlichen Ausprägungen der Armut in Deutschland kaum zu erwarten.

Dabei beeindruckt zunächst das erstaunlich hohe, in den Medien immer verdrängte Maß an gesellschaftlichem Konsens über die Entwicklung von Armut und über die auch persönlich bedrohlichen Aspekte dieser Entwicklung.

Gerd Mielke
ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz. Von 1992 – 2004 war er in der Staatskanzlei Mainz u. a. Leiter der Abteilung »Grundsatzfragen und Regierungsplanung« und Leiter der Stabsstelle Grundsatzfragen.

Jeweils 85 Prozent bzw. 83 Prozent der Befragten glauben, dass Armut in Deutschland in den letzten fünf Jahren zugenommen hat und auch in den nächsten fünf Jahren weiter zunehmen wird. Dieser Konsens schließt überwältigende Mehrheiten in allen Generationen, Bildungs- und Einkommensklassen, in Ost- und Westdeutschland und in allen politischen Lagern ein – so teilen immerhin 76 Prozent der Unionsanhänger und 89 Prozent der SPD-Wähler diese trübe Einschätzung der zukünftigen Armutsentwicklung.

Breiter Konsens herrscht auch hinsichtlich der Ursachen für das Abrutschen in die Armut. Nur eine Minderheit von 18 Prozent der Befragten siedelt die Schuld für die Armut bei den Betroffenen selbst an; 68 Prozent sehen den Grund in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Die von neoliberalen und konservativen Gruppen immer wieder propagierte These von der Armut als persönlichem Versagen ist somit in der Bundesrepublik immer noch weit entfernt von der Mehrheitsfähigkeit.

Abstrakt versus konkret

Bemerkenswert sind die Unterschiede zwischen allgemein gehaltenen, abstrakten Einschätzungen und solchen Erwartungen, die sich auf konkrete Lebenssituationen beziehen. So machen sich 28 Prozent der Befragten Sorgen, zukünftig selbst von Armut betroffen zu sein; 70 Prozent sehen hier eher keinen Grund zur Sorge. Zielen die Fragen aber auf handfeste Lebensumstände, die sich aus den bisherigen Lebenserfahrungen der Befragten beurteilen lassen, dann gewinnen sorgenvolle Einschätzungen die Oberhand. So befürchten 58 Prozent aller Befragten, ihre Rente würde nicht ausreichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten; bei den jüngeren Altersgruppen von 18 bis 29 bzw. von 30 bis 44 Jahren sind dies 81 Prozent und 72 Prozent. Ähnliches gilt für die Pflege im Alter; hier machen sich 63 Prozent der Befragten Sorgen; wieder sind die Werte bei den beiden jüngeren Altersgruppen mit 74 Prozent und 70 Prozent deutlich höher angesiedelt.

Staatliche Maßnahmen

Auch im Blick auf staatliche Maßnahmen gegen die Armut herrscht ein erstaunlicher Konsens. Fasst man die Zustimmungen zu den beiden höchsten Ausprägungen (»äußerst wichtig«, »sehr wichtig«) auf einer insgesamt fünfstufigen Skala zusammen, so plädieren 63 Prozent für die Einführung eines bundesweit einheitlichen Mindestlohns, 74 Prozent für staatliche Maßnahmen zur angemessenen Versorgung im Pflegefall, 51 Prozent für die staatliche Gewährleistung gleicher Behandlung von Privat- und gesetzlich Versicherten und immer noch 43 Prozent für eine höhere Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen. Die Zustimmung zu den beiden unteren Ausprägungen (»weniger wichtig«, »gar nicht wichtig«) fällt demgegenüber ab: Gerade 10 Prozent der Befragten halten den Mindestlohn, 2 Prozent die Versorgung im Pflegefall, 14 Prozent die Gleichbehandlung von Privat- und gesetzlich Versicherten und 18 Prozent die höhere Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen für weniger oder gar nicht wichtig.

Diese Ergebnisse des neuen AWO-Sozialbarometers fügen sich in eine jahrzehntelange Tradition von Studien zur gesellschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in Deutschland ein. Danach sind die Deutschen in ihrer großen Mehrheit immer noch überzeugte Anhänger eines auf soziale Gerechtigkeit und weitgehende Gleichheitsvorstellungen ausgerichteten Gesellschaftsmodells, das durch staatliches, vor allem wohlfahrtsstaatliches Handeln gewährleistet und stabilisiert wird. Diesen festen Glauben haben auch zwei Jahrzehnte medial bejubelter »Reformen« und »Reparaturen« des Wohlfahrtsstaats nicht erschüttern können.
Dem Himmel sei Dank.

Weitere Informationen
www.awo-sozialbarometer.org

Armutsbekämpfung ist möglich

Mit Verweis auf wirtschaftliche Sachzwänge und die sogenannten Folgen der Globalisierung wird von interessierter Seite immer wieder suggeriert, dass Armut und Armutsgefährdung quasi naturgegeben sind. Dies ist nicht so. Ein Gespräch dazu mit dem Darmstädter Soziologen Michael Hartmann.

Interview Peter Kuleßa

Herr Professor Hartmann, ist Armut ein Problem in Deutschland?

HARTMANN Ja. Dabei kann man generell sagen, dass die Armut vor allem zwischen 2000 und 2005 massiv gestiegen ist.

Was sind die Gründe?

HARTMANN Zum einen die sogenannten Hartz-Reformen; zum zweiten die hohe Arbeitslosigkeit seinerzeit. In ihren negativen Folgen bedeutsamer sind bis heute jedoch die Hartz-Gesetze.

»Es ist ganz eindeutig so: Die Hartz-IV-Reformen haben das wesentliche Versprechen, die Langzeitarbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit zu holen, vollkommen verfehlt.«

Warum?

HARTMANN Obwohl die Arbeitslosigkeit seit geraumer Zeit rückläufig ist, hat sich die Armutsquote verfestigt. Sie war 2005 bei knapp 15 Prozent, so die Zahlen des Deutschen Instituts der Wirtschaft (DIW), ist dann leicht zurückgegangen auf gut 14 Prozent, aktuell jedoch auf einem neuen Höchststand von über 15 Prozent. 2000 waren es gerade einmal 10 Prozent. Kurzum: Der Anstieg zwischen 2000 und 2005 ist nicht annähernd wieder wettgemacht worden. Dies spricht dafür, dass es kein konjunkturelles Phänomen ist, sondern ein strukturelles. Und das, was sich strukturell verändert hat, war im Zuge der Hartz-Gesetze vor allem die enorme Ausweitung des Niedrig- und Billiglohnsektors. Noch in den 1990er-Jahren haben wir in Deutschland über die »working poor« diskutiert und waren uns meistens einig: Das ist eben ein Phänomen der USA, ein bisschen vielleicht Großbritanniens. Das werden wir hier nicht erleben. Und jetzt haben wir es beinahe flächendeckend, dass Menschen vielfach von ihrer Arbeit nicht leben können.

Lässt sich insgesamt von einer Verstetigung der Langzeitarbeitslosigkeit sprechen?

HARTMANN Es ist ganz eindeutig so: Die Hartz-IV-Reformen haben das wesentliche Versprechen, die Langzeitarbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit zu holen, vollkommen verfehlt. Es gibt eine Verstetigung der Langzeitarbeitslosigkeit und zugleich wird es immer schwieriger, aus Armut herauszukommen. Vor ein paar Jahren waren es noch 50 Prozent der Betroffenen, die binnen drei Jahren wieder aus der Armut herauskommen konnten. Jetzt sind es nur noch 30 Prozent. Sprich: Das Ziel, die Langzeitarbeitslosen aus ihrer Armut herauszuholen, wurde nicht erreicht. Die Betroffenen bleiben arbeitslos, und zwar dauerhaft. Parallel dazu hat man die zunehmend stabile Schicht von »working poor« geschaffen, die zwar einen Job haben, aber dennoch nicht mehr aus der Armut herausfinden. Ferner zeigen alle Statistiken: Für diejenigen, die im Leiharbeiterbereich oder im Billiglohnsektor tätig sind, sind die Chancen, einen normalen Job zu kriegen, auch immer kleiner geworden.

Warum wird dieser Umstand nie richtig in den Medien thematisiert?

HARTMANN Da bin ich nicht so ganz sicher. Es wird schon relativ regelmäßig berichtet. Anders noch als vor fünf, sechs Jahren: Da wurde Arbeitslosigkeit in den Medien im Wesentlichen mit dem Tenor thematisiert: Das sind die, die nicht arbeiten wollen. Diese Haltung war in der Bevölkerung damals auch relativ verbreitet. Dies hat sich nach meinen Beobachtungen verändert, weil es offensichtlich ist: Viele von denen, die arbeiten wollen, können einfach nicht arbeiten,

oder wenn sie arbeiten, müssen sie zu Bedingungen arbeiten, die sie nicht aus der Armut herausbringen. Ebenso sind im persönlichen Umfeld immer mehr Personen, die – selbst wenn sie einen Job haben – für Stundenlöhne zwischen fünf und sieben Euro arbeiten müssen und insgesamt dann auf Verdienste kommen, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Das hat die Einstellung in vielen Teilen der Bevölkerung verändert. Dieses »die wollen nicht arbeiten« hat nach meinem Eindruck deutlich abgenommen. Das schlägt sich ein bisschen auch in den Medien nieder: Es wird mehr berichtet und der Tenor hat sich ein Stück weit verändert. Es ist nicht mehr so einseitig wie zuvor beschrieben, sondern es wird sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Armut ein Problem ist. Es ist ein anderer Zungenschlag in der Berichterstattung. Das ist für mich – wenn ich die letzten zehn, fünfzehn Jahre betrachte – eine erfreuliche Entwicklung. Es könnte besser sein. Aber es war schon viel schlimmer.

Dennoch: Von Teilen der Politik, der Wirtschaft und auch der Medien wird oftmals suggeriert: Das ist nun mal so. An der Entwicklung können wir nichts mehr ändern. Das kann es aber ja nicht sein, oder?

HARTMANN Nein. Da ist vieles durch politische Entscheidungen erst geschaffen worden. Es gibt keine automatischen Konsequenzen aufgrund weltweiter Entwicklungen. Sicher, die Wirtschaft hat heute größere Möglichkeiten, mit Verlagerungen von Produktionsstandorten zu drohen. Dennoch ist die Politik immer noch extrem einflussreich. Sie kann Rahmenbedingungen setzen oder kann es sein lassen – so wie in der Finanzkrise auch. Man könnte etwa einen Mindestlohn von neun Euro beschließen; dann wäre die Diskussion im Billiglohnsektor vorbei. Man könnte sagen: Wir verbieten Werkvertragsregelungen. Oder: Wir schränken Leiharbeit deutlich ein. Das sind alles gesetzlich mögliche Regelungen.

Wieso werden diese doch eher einfachen gesetzgeberischen Änderungen nicht vorgenommen?

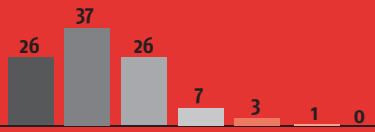
HARTMANN Dies ist einer Wirklichkeitswahrnehmung durch eine sehr gefilterte Brille geschuldet. In den Augen der Regierungsparteien läuft es ein-

Alle Altersgruppen

Ist es Ihrer Meinung nach äußerst wichtig, sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass die Einführung eines bundesweit einheitlichen Mindestlohns als Maßnahme zur Armutsbekämpfung umgesetzt wird?

63%

63% der Befragten sind der Meinung, dass die Einführung eines bundesweit einheitlichen Mindestlohns äußerst wichtig (37%) und sehr wichtig (26%) ist.



Die Befragten finden die Einführung eines bundesweit einheitlichen Mindestlohns

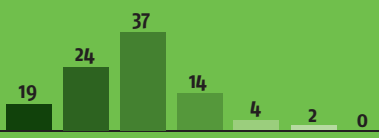
- Äußerst wichtig
- Sehr wichtig
- Wichtig
- Weniger wichtig
- Gar nicht wichtig
- Weiß nicht
- Keine Angabe

Alle Altersgruppen

Ist Ihrer Meinung nach eine höhere Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen äußerst wichtig, sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig?

43%

43% der Befragten sind der Meinung, dass eine höhere Besteuerung von Vermögen und hohem Einkommen äußerst wichtig (19%) und sehr wichtig (24%) ist.



Die Befragten finden eine höhere Besteuerung von Vermögen und hohem Einkommen

- Äußerst wichtig
- Sehr wichtig
- Wichtig
- Weniger wichtig
- Gar nicht wichtig
- Weiß nicht
- Keine Angabe

fach relativ gut mit der jetzigen Politik. Deutschland steht vergleichsweise gut da, also muss man ja irgendwie alles richtig gemacht haben. Hinzu kommt, dass sich in der Politik die soziale Zusammensetzung geändert hat. Es gibt weniger Spitzenpolitiker, die einen familiären Hintergrund aus Arbeiterkreisen haben; das sind Auslaufmodelle.

Was für Auswirkungen hat dieser Umstand?

HARTMANN Wirft man zum Beispiel einen Blick auf die personelle Zusammensetzung der Bundesregierung, so wird klar: Es dominieren Leute mit einem gediegen bürgerlich-akademischen Hintergrund. Und die wiederum nehmen aufgrund ihrer familiären Geschichte Wirklichkeit ganz anders wahr. Wenn man in einem bestimmten Milieu aufgewachsen ist – zum Beispiel mittelständische Unternehmer oder akademische Freiberufler –, dann hat man etwa gegenüber Steuern oder gegenüber Sozialleistungen ein anderes Verhältnis. Wer hingegen als Arbeiterkind die Bildungsreform mitgemacht hat, der weiß in der Regel immer noch, was er dem Staat zu verdanken hat.

Freiberufliche Akademiker genauso wie mittelständische Unternehmer wachsen in ihren familiären Zusammenhängen mit der Grundüberzeugung auf: Der Staat kann mit Geld nicht umgehen, deswegen sollte man ihm möglichst wenig davon geben. Das prägt auch diejenigen, die es in der Politik bis an die Spitze schaffen. Das ist so etwas wie eine Mentalität.

Kann man zugespitzt also sagen, dass unter diesen Menschen ein Gefühl für Solidarität geringer bis gar nicht ausgeprägt ist?

HARTMANN Ja. Man muss ganz einfach sagen: Es gibt so etwas wie familiäre Prägung. Die meisten Politiker sind die Jahrgänge aus den 1950er- und den frühen 1960er- Jahren. Da gibt es familiäre Erfahrungen: Entweder man kommt aus dem Arbeitermilieu und hat noch eine Vorstellung davon, was etwa Gewerkschaften oder Solidarität bedeuten. Das Gegenstück dazu: Der Vater war Zahnarzt oder Anwalt und da hat das alles keine Rolle gespielt. Solche Umstände prägen natürlich ein Stück weit das ganze Leben; auch in der Art, wie man über Probleme nachdenkt und welche Rolle der Staat einnimmt: Ob man ihn eher positiv sieht oder ob man ihn eher negativ sieht.

All dies kommt auch zum Tragen, wenn sich die Parteien in den Spitzen verändern. Von daher spielt es schon eine gewichtige Rolle, ob sich zum Beispiel das aktuelle Bundeskabinett überwiegend aus Bürger- und Großbürgerkindern oder mehrheitlich aus Arbeiterkindern zusammensetzt.

Vor dem Hintergrund des europäischen Vergleichs kann man grob sagen: Rekrutieren sich die Eliten sehr exklusiv, dann sind die sozialen Unterschiede und die Einkommensunterschiede in den Ländern besonders groß. Das gilt derzeit etwa für Spanien, für Großbritannien, für Deutschland.

Dies deckt sich ja auch mit der Beobachtung, dass die sogenannte Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird und sich dies auch auf die gesellschaftliche oder politische Teilhabe der jeweiligen Bevölkerungsgruppen auswirkt. Jetzt gibt es die These, wonach die vermeintlich »Abgehängten« in der Wahrnehmung politisch Verantwortlicher sowieso irgendwann abgehängt bleiben, weil sie nicht mehr relevant sind als Wählergruppe. Können Sie der These folgen?

HARTMANN Ja. Das ist wie so ein Teufelskreis. Die betroffenen Menschen haben das Gefühl, man interessiert sich nicht für sie. Die Konsequenz: »Wenn die da oben« sich nicht für uns interessieren, dann brauchen wir an dem ganzen Wahlspektakel auch nicht mehr teilzunehmen. Also sinkt die Wahlbeteiligung. Hinzu kommt, dass sich vor allem in den Städten die Wohnquartiere sozial immer stärker homogenisieren. Wir haben die bürgerlichen Quartiere und wir haben die Problembezirke. Hier haben wir dann Wahlbeteiligungen von 30 Prozent, dort weiterhin gut 80 Prozent. Die Konsequenz: Politiker kümmern sich vor allem um die sogenannte Mitte, weil die auch wählen geht; »die da unten« gehen sowieso nicht wählen, deshalb kümmern sie sich auch nicht weiter darum.

»Vor dem Hintergrund des europäischen Vergleichs kann man grob sagen: Rekrutieren sich die Eliten sehr exklusiv, dann sind die sozialen Unterschiede und die Einkommensunterschiede in den Ländern besonders groß.«

Meines Erachtens ist das eine falsche wie fatale Schlussfolgerung. Es wäre sicher Erfolg versprechender – und Wahlanalysen zeigen dies immer wieder -, diejenigen zu erreichen, die nicht mehr zur Wahl gehen. Das ist ein viel größeres Potenzial als dieser Sektor in der Mitte, um den sich alle streiten. Dafür müsste man aber den Betroffenen programmatisch seriös etwas anbieten, sodass sie nicht das Gefühl haben, nur eine kurze Rolle im Wahlkampf zu spielen, um danach wieder vergessen zu werden. Darin liegt ja gerade das berechtigte Misstrauen gegenüber politisch Verantwortlichen begründet, das sich über die Jahre entwickelt hat.

Werfen wir einen Blick in die nähere Zukunft: Wie sehen Sie die Armutsproblematik in zehn Jahren? Gelöst oder noch gravierender?

HARTMANN Wenn sich an der gegenwärtigen Politik nichts ändert, können wir in zehn Jahren gewalttätige Ausschreitungen erwarten, wie sie im August 2011 in London und anderen englischen Großstädten stattfanden. Da genügt dann ein Funke, der das vermeintliche stabile soziale Gefüge brennen lassen kann.

Abschließend gefragt: Wie sollte ein Wohlfahrtsverband wie die AWO in dem beschriebenen Zusammenhang agieren?

HARTMANN Er sollte sich nicht gemein machen mit dem Argument der vermeintlichen Sachzwänge und den beschriebenen Konsequenzen, sondern immer wieder politisch und medial Druck machen und dieser Sichtweise offensiv widersprechen. Dies vor allem auch dann, wenn etwa ein fingierter Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt werden soll. Und er sollte sich sicher auch mit den von Armut Betroffenen durch konkrete Angebote solidarisch zeigen. Außerdem darf ein Wohlfahrtsverband sich nicht an der Verschlechterung beteiligen, indem er selbst Ein-Euro-Jobber oder andere Billigkräfte einsetzt. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit.

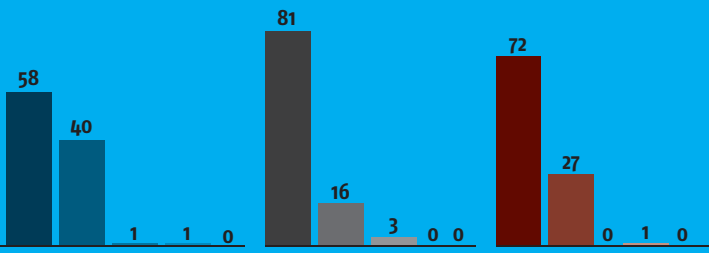
Michael Hartmann
ist seit 1999 Professor für Elite- und Organisationssoziologie an der Technischen Universität Darmstadt.

Alle Altersgruppen

Machen Sie sich mit einem Blick auf die Zukunft Sorgen, dass Ihre Rente nicht ausreichen wird, um Ihren Lebensunterhalt zu bestreiten?

58%

58% der Befragten machen sich Sorgen, dass ihre Rente nicht ausreichen wird, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.



Die Befragten machen sich darüber, dass ihre Rente nicht ausreichen wird, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten

- eher Sorgen
- eher keine Sorgen
- Spontan: das trifft bereits auf mich zu
- Weiß nicht
- Keine Angabe

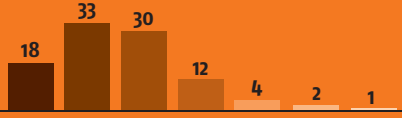
- Gesamt
- 18 bis 20 Jahre
- 30 bis 44 Jahre

Alle Altersgruppen

Ist Ihrer Meinung nach eine gleiche Behandlung von Privat- und gesetzlich Versicherten in der Krankenversicherung äußerst wichtig, sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig?

51%

51% der Befragten sind der Meinung, dass der Einsatz für eine gleiche Behandlung von Privat- und gesetzlich Versicherten in der Krankenversicherung äußerst wichtig (18%) und sehr wichtig (33%) ist.



Die Befragten sind der Meinung, eine gleiche Behandlung von Privat- und gesetzlich Versicherten in der Krankenversicherung ist

- Äußerst wichtig
- Sehr wichtig
- Wichtig
- Weniger wichtig
- Gar nicht wichtig
- Weiß nicht
- Keine Angabe

3 Fragen … an Thomas Beyer

Dr. Thomas Beyer MdL (SPD)
ist Landesvorsitzender der AWO in Bayern und stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des AWO Bundesverbandes. Bis Februar 2013 war er Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak).

1 Was sind die gravierendsten Folgen von Armut?

BEYER Es handelt sich nicht um einzelne Aspekte, die sich isoliert aufzählen lassen. Vielmehr bedingen sich die Auswirkungen von Bedürftigkeit häufig gegenseitig – und genau das ist das Fatale an Armut: Es entsteht ein Kreislauf aus Folgen, dem Betroffene aus eigener Kraft kaum entkommen können.

Wer zu wenig Geld hat, kann sich beispielsweise nicht gesund ernähren und läuft Gefahr, mittelfristig an den Folgen von Mangelerscheinungen zu erkranken. In dem Zusammenhang wird oft ein Arztbesuch hinausgeschoben oder gar unterlassen, weil kein Geld für Zuzahlungen oder die Fahrt in die Praxis zur Verfügung steht. Wer zu wenig finanzielle Mittel hat, kann oft keine eigene Wohnung bezahlen. Wer wiederum keinen festen Wohnsitz angeben kann, findet nur schwer einen Arbeitgeber. Die gesellschaftliche Isolation, die arme Menschen erfahren, ist fast zwangsläufig. Kein Geld für anfallende Reparaturen, kein Geld für Stromnachzahlungen, kein Geld für kulturelle Teilhabe, kein Geld für Verwandtenbesuche, kein Geld, um den eigenen Kindern ein Eis oder einen Kinobesuch zu spendieren, kein Geld, um für das Alter vorzusorgen: Kleinere und größere Einschränkungen – meistens ist eine Person von mehreren gleichzeitig betroffen – führen im Zusammenspiel zu enormer seelischer Belastung der Betroffenen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Armutsfolgen auf zwei Ebenen existenzbedrohend sind, auf der physischen ebenso wie auf der psychischen.

2 Welche Konsequenzen für das gesellschaftliche Miteinander fürchten Sie?

BEYER Wenn die viel zitierte Schere zwischen Arm und Reich weiterhin so auseinandergeht, wie das momentan der Fall ist, ist der Sozialstaat in Gefahr. Auch gesellschaftliche Unruhen, wie wir sie aus anderen europäischen Ländern kennen, sind dann für Deutschland ebenfalls nicht mehr auszuschließen. Vor allem aber wäre eine Schwächung des Sozialstaats gleichbedeutend mit einer Schwächung unserer Demokratie.

3 Was können Wohlfahrtsverbände konkret tun, um Armut zu bekämpfen?

BEYER Sie können und müssen in ihren spezialisierten Anlaufstellen Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, mit Rat und Tat zur Seite stehen, beispielsweise in den Fachstellen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit. In politischen Gremien und in der Öffentlichkeit müssen die Wohlfahrtsverbände weiter, aber vielleicht noch entschiedener für solche Maßnahmen kämpfen, die Armut wirksam bekämpfen. Etwa der gesetzliche Mindestlohn, der Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, die kostenlose Gesundheitsvorsorge für Bedürftige, kostenfreie Bildung für alle, eine Wohnungsnotfallstatistik und ein Steuersystem, das Reiche angemessen beteiligt.

Der große Graben: Gesellschaft in Auflösung

Autor Albrecht von Lucke

Was für eine Farce: Erst wurde der jüngste Armutsbericht der Bundesregierung von Wirtschaftsminister Philipp Rösler radikal »geglättet« und dann wurde seine Veröffentlichung auch noch verschoben. Dabei hätte es des geschönten Berichts gar nicht mehr bedurft, um doch eines klar zu erkennen: Die Angst vor Armut frisst sich immer tiefer in die Gesellschaft. Fragt man wie das jüngste AWO-Sozialbarometer nach den persönlichen Zukunftserwartungen der Menschen, so ist die Antwort eindeutig: Die Angst der Bürger wächst – und zwar vor allem vor Armut im Alter.

Und das völlig zu Recht: Denn längst ist aus der einstigen Aufstiegs- eine Abstiegsgesellschaft geworden. Anders als noch in den »goldenen Jahren« (Eric Hobsbawm) des westlichen Kapitalismus nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist breite Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand heute immer weniger wahrscheinlich. Die daraus resultierende Angst beginnt bereits bei sehr jungen Menschen. Angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit in Europa von über 20 Prozent werden ihre Aufstiegskanäle immer enger. Die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen wissen daher heute ganz genau: Wir werden als Generation aller Voraussicht nach nicht die gleichen Chancen wie unsere Eltern haben.

Doch gleichzeitig wird der Schein der Chancengleichheit und -gerechtigkeit weiter künstlich aufrechterhalten. Ja, schlimmer noch: Neoliberale Publizisten wie Walter Wüllenweber vom »Stern« schwadronieren von der »Asozialität« der Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger. »In Deutschland haben die Armen Geld genug«, lautet Wüllenwebers Kernthese. Armut ist demnach keine soziale Frage, sondern nur eine Frage der Haltung, der eigenen Verwahrlosung und damit selbstverschuldet. Kurzum: Armut ist asozial und geht zulasten der Fleißigen. Schuld für das eigene Elend ist nur der Einzelne selbst.

Faktisch aber erleben wir das Gegenteil: nämlich betonierte ökonomische Strukturen. Von der im Zuge der Bildungsexpansion der 1970er- und 1980er-Jahre erhofften durchlässigen Gesellschaft kann heute nicht mehr die Rede sein, im Gegenteil: Der gesellschaftliche Graben wird wieder größer. Das bedeutet: Wer oben ist, bleibt – in aller Regel – oben. Und wer unten ist, bleibt unten. Man kann daher bereits von Tendenzen einer Refeudalisierung sprechen.

Die Konsequenz: Die »da oben« halten Abstand von denen »da unten«, zu denen sie keinesfalls gehören möchten. Was wir erleben, ist faktisch die Rückkehr längst überwunden geglaubter Klassengegensätze und -kämpfe, wenn auch in hoch individualisierter Form. Beim individuellen Kampf um den Erhalt der von den Vorfahren erkämpften oder ererbten Privilegien wird der Gebrauch der Ellenbogen eher stärker als schwächer – aus Angst vor dem eigenen Abstieg.

Doch Angst ist ein gesellschaftlicher Sprengstoff. Wenn sie überhandnimmt, kann zweierlei die Folge sein: erstens Apathie bis hin zum Rückzug aus der Gesellschaft oder zweitens Aggression bis zur radikalen Gegnerschaft gegen »das System«. Beides ist höchst fatal. Denn eines haben die ersten Jahrzehnte des letzten Jahrhunderts eindeutig bewiesen: Ökonomische und soziale Ausgrenzung gehen am Ende immer zulasten der Demokratie – und damit zulasten von uns allen.

Albrecht von Lucke
ist Redakteur bei den »Blättern für deutsche und internationale Politik« (www.blaetter.de) und schreibt dort vor allem zu Themen der deutschen Innenpolitik und zu Fragen der Geschichtspolitik.

IM NÄCHSTEN HEFT

Zukunft Jugend
Die Zukunft eines Gemeinwesens hängt in einem hohen Maße ab von den Zukunftsaussichten seiner Kinder und Jugendlichen. Die kommende AWO Ansicht diskutiert Herausforderungen und notwendige Maßnahmen für eine Jugend mit Perspektiven.